Wiener Rathhaus-Correspondenz
Herausgeber u. verantwortl. Redacteur
Rudolf Eigl VIII. Lerchenfeld. 35
12. Jahrg. Wien, Donnerstag 2. Mai № 101

Aus dem Rathhause. Heute als am ersten Donnerstag des Monates fand im Rathhause die siebzehnmonatliche beförderten Beamten und die Beeidigung von neu ernannten Beamten und Angestellten der Gemeinde durch den Bürgermeister Dr. Lueger statt. Ferner wurde, wie üblich, dem Bürgermeister Vortrag über eine Reihe von Personalfällen, welche in den Dienst der Gemeinde traten werden.

Bürgerbeeidigung. Heute vormittags 10 Uhr wurde Bürgermeister Dr. Lueger in Gemeinderathssitzungssaale des Rathhauses die Beeidigung von 15 Bürgern, denen in der letzten Zeit das Bürgerrecht verliehen wurde, vor. Bei dieser Gelegenheit hielt der Bürgermeister eine Ansprache, in welcher er auf die Bedeutung des Bürgerrechtes als einer Auszeichnung und der Bürger, wies hinwies. Dem feierlichen Acte wohnten weiters Stadtrath, Bezirks-vorsteher Hofmeyer, Magistrats-Vice-Director Dr. Weiskirchner, Präsidialvorstand Magistratsrath Ofczyal, Kanzlei-Director Mayer etc. bei.

Umbau des Bürgerspitalfondshauses Mariahilferstraße 25. Am 30. April l.J. war der Termin abgelaufen für die Einreichung von Projekten zum Umbau des Bürgerspitalfondshauses Mariahilferstraße 25 aus dem vom Gemeinderathe ausgeschriebenen gemischten Wettbewerb. Es sind im Ganzen 7 Projekte eingelangt, welche nächster Montag vormittags vor einer eigenen Commission eröffnet werden.

Wohnungsmarkt-Enquête im Bezirk Margarethen. Mit dem Monate Mai d.J. tritt das vom Gemeinderathe der Stadt Wien genehmigte Gemeinderathe Wohnungs-Enquête-Commissariat des Bezirkes Margarethen in Wirksamkeit. Dieses Amt, welches sich im Gemeinderathe Margarethen, Schönbrunnerstraße 54 im ersten Stock befindet, hat den Zweck sowohl Einmal, Übersicht über vorhandene Wohnungen, Geschäftslocalen, Werkstätten u. anderen Miethobjekten entgegenzunehmen, als auch Auskünfte hierüber an jene Personen zu ertheilen, welche solche Objekte zu miethen beabsichtigen. Für Miether von Wohnungen beträgt die Taxe für eine Auskunft 40 Heller, für Vierteljahr 2K für eine Jahresvermittlung und 1K für eine Monatsvermittlung. Die Ertheilung von Auskünften an Miether von Wohnungen geschieht gebührenfrei. Der Wohnungs-Enquête erstreckt sich auf Geschäftslocale, Werkstätten und andere Miethobjekte, die in Bezug auf die Zahlung der Taxe wohnungen gleich behandelt werden. Die Anmeldungen der Vermiether geschehen auf Catasterblättern, welche in der Bezirkskanzlei zum Gebrauche der Parteien aufliegen. Die Catasterblätter werden durch einmal vom Tage der Anmeldung an gerechnet gezählen, für längere Zeitdauerstellung müsse die Taxe neuerlich bezahlt werden. Die Auskunft umfasst alle Miethobjekte, die zur Zeit der Auskunftsertheilung im Cataster als vermiethbar vorgemerkt sind u. nach der Größe, dem von Hause, zunden vorgebrachten Wünsche entsprechen. Das Unternehmen ertheilt die Auskünfte lediglich auf Grund der ihm gemachten Angaben u. übernimmt für deren Richtigkeit keine Haftung. Vermiether, welche die erfolgte Vermiethung nicht binnen 24 Stunden anzeigen, haben bei der nächsten Anmeldung die Taxe für die bis dahin zu entrichten. Das Wohnungsbureau wird am 1. Mai eröffnet. Die Amtsstunden für das Parteienpublicum sind täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage von 12 bis 2 Uhr; in der Zeit vom 28. Jänner bis 20. Februar, vom 28. April bis 20. Mai, vom 28. Juli bis 20. August u. vom 28. Oktober bis 20. November von 8 bis 2 Uhr und Montags und von 9 bis 12 Uhr an Sonn- u. Feiertagen.

Regelung des Bauaufsichtsdienstes. MR. Goltz hat beantragt heute in Stadtrath über die Regelung des Bauaufsichtsdienstes. Seinem Antrage entsprechend wurde beschlossen, die Zahl der städtischen Bau- und Aufsichtsdiener von 12 zu vermehren. Von der jetzigen Gesammtzahl (28) sind 12 Adjuncten in die 7. Rangklasse mit dem Titel „Commissare" und 16 Adjuncten in die 8. Rangklasse mit dem Titel „Assistenten" mit 1. Juni 1901 einzureihen. Die Bewerber um eine Assistenten-Stelle müssen nebst der theoretischen Eignung den Nachweis erbringen, dass sie eine Baufach-, k. k. Staatsgewerbeschule mit gutem Erfolg absolviert, ihre Militärdienstpflicht genügend geleistet haben u. die Eignung durch eine mehrjährige praktische Verwendung im städtischen Bauaufsichtsdienste erwiesen. Die Verleihung der Commissars- sowie der Assistentenstellen erfolgt durch den Stadtrath u. z. zwar vorerst provisorisch auf die Dauer eines Jahres, nach dessen Ablauf eine definitive Anstellung ausgesprochen werden kann. Die Bewerber für den Bauaufsichtsdienst sind jedoch gleich bei der Anstellung zu beeiden. Die Gehaltsregelung der Beamten des Bauaufsichtsdienstes hat der Gemeinderath zu treffen. —

Ferner genehmigte der Stadtrath nachstehende Anträge des Vorsitzenden: Zur Behebung des Aufsichtsmangels ist der Bauaufsichtsdienst über die Privatbauten derart neu zu regeln, dass bei Übertretungen solcher Bauten, insbesondere jener, welche von sog. Bauunternehmern unter dem Deckmantel von gewissenlosen Planverfassern ausgeführt werden u. welchen Bauten ein besonderes Augenmerk zu widmen ist, hier in jeder Gemeinde-Bezirke ein Aufsichtsorgan aus dem Stande der Wiener Baumeister-Genossenschaft u. dem Verein der Baumeister von Nied.-Österreich herangezogen. Dieses Aufsichtsorgan führt den Titel „Bauaufsichtsleitung" und ist zu beeiden. Die Genossenschaft der Baumeister in Wien nahm mit dem Vereine der Baumeister von N.Ö. für jeden Wiener Gemeindebezirk drei Mitglieder vorgeschlagen. Der Stadtrath ernennt aus diesen Secunde-Vorschlag für je einen Gemeindebezirk einen Aufsichtsorgan. Die Normen, unter welchen dieser Bauaufsichtsdienst gemeinsam mit den Bauaufsichtsorganen organisiert werden soll, sind vom Magistrate im Einvernehmen mit den oben genannten Corporationen derart festzustellen, zu setzen u. dem Stadtrath zur Genehmigung vorzulegen, dass dieser Dienst längstens mit 1. August l.J. ins Leben treten kann. Die Stelle eines Bauaufsichtsrathes ist eine ehrenamtliche u. wird einstweilig nicht besetzt.

Wiener Stadtrath.

Sitzung vom 2. Mai 1901.

Das vom MR. Goltz vorgelegte Projekt für die Regulierung und Ausgestaltung der Lichtenbergstraße zwischen den Nr. 88 und 135 im Bezirk Alsergrund - Lichten 8471 R 16 K - wird genehmigt.

Vorj einem Berichte des VR. Braunwieß werden dem Radfahrer Schützenverein für den vom 11. und 12. sowie für den vom 15. und 16. Mai für verschiedene Wettfahrten im Salmannsgarten Tarock, Kartenspiele bewilligt überlassen.

VR. Hartmann berichtet über die Genehmigung des Projektes für die Regulierung und Pflasterung der Ottakringerstraße zwischen der Lerchenfelderstraße und Hofmühlgasse im Bezirke Neubau mit einem Kostenerfordernisse von 15.556 K 51 h. (Ang.)

VR. Tomola berichtet für Herstellungen in den Schulhäusern Hasenleithengasse 57, Lerchenfelderstraße 45 und 47 und Thurygasse 66 den Betrag von 7090 K zu bewilligen. (Ang.)

Ein Teil der städtischen Parcelle 715 und 716 beim Reservoir am Klausenberg in Hernals wird für einen Kinderspielplatz gewidmet.

Für die Besetzung der Pfarrämter, wenn bei Pfarrämter ausgeschrieben, für die Beistellung eines Pfarrverwesers, insbesonders jenseits der Schmelzlinien werden 2.300 K bewilligt.

Dem Verein zur Pflege der Jugendspiele Ortsgruppe Mariahilf wird der Turnsaal der Knabenvolksschule Mariahilf Stumpergasse 10 unter gewissen Bedingungen überlassen.

VR. Braunwieß berichtet über das Offert der Eigentümer der Realität Hernals Elbergasse 7 auf den in die Verbauung einbezogenden Straßengrund im Ausmaße von 43'43 m² um den Kaufpreis von 1300 K angenommen. (Ang.)

VR. Fiedler berichtet über das Offert des Heinrich v. Wallonie auf den zur Verbauung gelangenden Teil der städt. Realität Innere Stadt Tuchlauben 12 im Ausmaße von 59.36 m² um den Einheitspreis von 1250 K angenommen. Das Amt gelangt auf dem Grunde von zur Teilweisen Niederverbauung, mit in diesem Falle die projektierte Verlegung der Brandstätte in der Tuchlauben einverstanden. (Ang.)

Ein Offert auf die städtische Realität Innere Stadt Bognergasse 9 wird wegen zu geringen Anbotes und ein Offert auf Ankauf der Realität Alsergrund Nr. 8 durch die Gemeinde wegen zu hoher Forderung abgelehnt.

VR. Brix berichtet über die Abschließung der Ausfahrtgasse zwischen der Schönbrunnerstraße und der Ringzeile. Mit Rücksicht darauf, daß die Schönbrunnerstraße somit fortgesetzt werden soll, daß die selbe beim Hause Schönbrunnerstraße 230 einmündet, fällt ein großer Teil dieser Realität in diesen neuen Straßenzug. Der Berichterstatter beantragt, die hiefür notwendige Grundtransaktion zu genehmigen, wonach an den Eigentümer der genannten Realität unter der Abtretung eines Streifen, gegen die gleichzeitig abzuschließende Fabriksgasse eine Vergütung von 74.000 K zu leisten ist. (Ang.)